

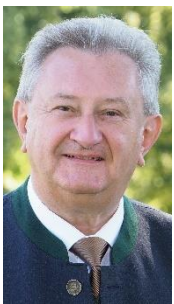
SEN etz

Senioren-Union
CSU

November 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

Donald Trump kommt zurück und Olaf Scholz will nicht gehen. So könnte man in einem kurzen Satz die unglaublichen Stunden zusammenfassen, die hinter uns liegen. Politisch ist so viel passiert, dass einem die Luft wegbleiben könnte. Doch wir als Senioren-Union (SEN) der CSU, wir atmen tief durch und greifen an, denn jetzt gilt's!



Wenn wir über den „Großen Teich“ hinüberblicken, so steht uns voraussichtlich eine epochale Veränderung ins Haus. Donald Trump wird nicht nur neuer US-Präsident, er kann aufgrund der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat „durchregieren“. Wir müssen uns wohl darauf einstellen, in Zukunft stärker als je zuvor auf eigenen Füßen zu stehen – ohne den großen Bruder aus Amerika. Gerade unter diesem Gesichtspunkt wäre es fundamental wichtig, möglichst schnell Neuwahlen in Deutschland herbeizuführen. Deutschland braucht umgehend eine neue und stabile Bundesregierung. Chaos und Streit müssen ein Ende haben.

Bundeskanzler Olaf Scholz hält es für sinnvoll, der Ampel das gelbe Licht auszuknippen und mit einer rot-grünen Minderheitsregierung seine Amtszeit künstlich zu verlängern. Ich sage, das ist politische Insolvenzverschleppung! Sein Handeln ist verantwortungslos, seine Hinhaltetaktik respektlos gegenüber den Wählern und seine egoistisch motivierte Ausreizung aller verfassungsrechtlichen Möglichkeiten gegen jede Vernunft eine Verhöhnung des Rechtsstaates und damit eine Gefahr für unsere Demokratie!

Deshalb müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten beweisen, dass wir als Union die beste Alternative sind. Wir haben die bessere Politik, die besseren Konzepte und die besseren Köpfe. Unser Handeln ist nicht von Ideologie geprägt. Für uns zählen Fakten und langfristiges Denken. Die Zukunft gestalten mit Verantwortung, Verlässlichkeit und Vertrauen – das ist unser Markenkern und unsere Vision für Deutschland!

Herzlichst



Ihr
Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

25. Oktober 2024

Senioren-Union der CSU kritisiert schlechtere Versorgung durch die Krankenhausreform des Bundes

Das Krankenhaussterben trifft den ländlichen Regionen und die älteren Menschen

Mit starker Kritik reagiert die Senioren-Union der CSU auf die vom Bund beschlossene Krankenhausreform, die zu aus ihrer Sicht die medizinische Versorgung der älteren Menschen und des ländlichen Raumes gefährdet. „Das ohne ausreichende Absprache mit den Ländern beschlossene Krankenhausreformgesetz stellt die Versorgung der Patienten in den ländlichen Regionen in Frage“, unterstreicht Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU. „In Niederbayern und im Oberallgäu fährt man nicht mit der U-Bahn in die Klinik. Das erwartete und von Bundesgesundheitsminister Lauterbach mit Schulterzucken quittierte Krankenhaussterben trifft die Gesundheitsversorgung in der Fläche.“ Die Maßnahmen zur Unterstützung der Kliniken, die die Bayerische Staatsregierung jetzt vorgelegt hat, hält die Senioren-Union für wichtig und wirksam.

Aus der Sicht der Senioren-Union der CSU muss es ein vorrangiges Ziel sein, die Krankenhäuser in Bayern für die Zukunft zu stärken und die Klinikversorgung flächendeckend aufrechtzuerhalten. „Bayern hat bisher schon die Krankenhäuser bei den unvermeidlich notwendigen Anpassungen unterstützt, zusammen mit den Kommunen“, hält Franz Meyer weiter fest. „Wir begrüßen nachdrücklich den Sieben Punkte Plan der bayerischen Staatsregierung für die Zukunft der Kliniken in Bayern. Vor allem der Fokus auf die regionale Versorgung, von der Finanzierung von Gutachten über Regionalkonferenzen bis zur politischen Rückendeckung für die Entscheidungsträger vor Ort, sind gute und wichtige Schritte, die Umstrukturierung der Krankenhäuser zu unterstützen und zur Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Klinik-Versorgung beitragen.“

Die ausgebliebene Abstimmung mit den Ländern und die Nutzung derer Kompetenz sieht die Senioren-Union der CSU als schweren Mangel der Krankenhausreform des Bundes. „So wird den Ländern, die die Versorgungsmöglichkeiten vor Ort kennen und besser bewerten können als der Bund, der erforderliche Gestaltungsspielraum genommen, der die Patientenversorgung sicherstellen würde. Mit großer Sorge sehen wir Versorgungslücken gerade im ländlichen Raum entstehen“ erklärt Dr. Christian Alex, Leiter des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der Senioren-Union der CSU. „Problematisch ist auch, dass der Bund die Begriffsdefinition des Fachkrankenhauses so eingengt hat, dass nach ersten

Einschätzungen rund die Hälfte der etwa 80 somatischen Fachkrankenhäuser in Bayern gefährdet sind. Das wäre insgesamt eine Entwicklung für hochspezialisierte Versorgungsangebote.“

Darüber hinaus sieht die Senioren-Union der CSU aufkommende Probleme für die kleineren Krankenhäuser und die Notfallversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, die aufgrund der starken und kleinteiligen Vorgaben der Leistungsgruppen im Krankenhausreformgesetz ihr heutiges Leistungsportfolio nicht aufrechterhalten können. Dr. Christian Alex fasst zusammen: "Eine Krankenhausreform ohne ausreichende Mitwirkung der Bundesländer, der Verantwortlichen und der Fachleute in den Regionen gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Das kann nur zu großen Schäden führen. Ohne Berücksichtigung der Kompetenz des Freistaats Bayerns sehen wir schwerwiegende örtliche Versorgungslücken entstehen. Gottseidank hat Bayern jetzt die Initiative ergriffen und steht an der Seite seiner Krankenhäuser."

Ende



Presseinformation

5. November 2024

Gesetzliche Krankenkassen kommen in kritische Finanzlage

Senioren-Union der CSU befürchtet weitere Belastung der Krankenversicherten und der Arbeitgeber

Im nächsten Jahr tut sich bei den Gesetzlichen Krankenkassen eine große Finanzierungslücke auf, da die erwarteten Ausgaben der Krankenkassen deutlich höher ausfallen als die voraussichtlichen Einnahmen. Die aktuell veröffentlichte Vorausschau geht von einer Finanzierungslücke für 2025 in der Größenordnung von 13,8 Milliarden € aus. „Die Finanzierungslücke bei den gesetzlichen Krankenkassen im nächsten Jahr muss durch Steigerung der Zusatzbeiträge geschlossen werden – erwartet werden ein Zusatzbeitragssatz von 2,5 Prozent und damit eine Anhebung um 0,8 Prozentpunkte. Den Versicherten und den Arbeitgebern droht damit eine weitere große Belastung“, erklärt Dr. Christian Alex für die Senioren-Union der CSU. „Der Bund wird seiner Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Krankenkassen nicht gerecht, weder durch kostendeckende Beiträge für die Bürgergeldbezieher noch durch eine Dynamisierung der Bundesbeteiligung für familienpolitische Leistungen.“

Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen verschlechtert sich nach der Erwartung des GKV-Schätzerkreises, da zwischen den Ausgaben und den Einnahmen eine Finanzierungslücke von 13,8 Milliarden entsteht. Für die Krankenkassen ergibt sich daraus für das kommende Jahr ein drastischer Erhöhungsdruck auf die Beiträge. Sowohl die Versicherten als auch die Arbeitgeber müssen sich auf weitere Belastungen durch Steigerung der Zusatzbeiträge einstellen. Zudem ist zu befürchten, dass freiwillige Leistungen der Kassen, insbesondere im Bereich der Prävention, wie Gesundheitskurse oder Gesundheitssport, nicht mehr angeboten werden können.

Die Senioren-Union der CSU kritisiert, dass die Bundespolitik diesen dramatischen Entwicklungen ohne erkennbare Initiativen gegenübersteht. Stattdessen trage die Ampel-Regierung in Berlin zu weiteren Finanzproblemen bei: der Strukturfond im Krankenhausbereich, den das Krankenhausreformgesetz vorsieht, soll von den gesetzlichen Krankenkassen mit 25 Milliarden € finanziert werden, während aus dem Bundeshaushalt dafür keine Mittel kommen.

„Die Bilanz der Gesundheitspolitik der Bundesregierung ist ganz einfach: die gesundheitliche Versorgung wird durch überhastete und unausgereifte Gesetze kaum verbessert, aber immer teurer. Zudem werden strukturelle Probleme im Gesundheitswesen nicht gelöst. Es stellt sich die Frage, wie lang sich die Beitragszahler die kontinuierlichen Steigerungen leisten können. Auch die Belastung der Arbeitgeber ist nicht mehr zumutbar“, fasst Dr. Christian Alex, Leiter des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der Senioren-Union der CSU, zusammen.

Ende